

Mauricio Herrera Ulloa

Bundesrepublik Deutschland

Bundesrepublik Deutschland vom 29. 9. 1997 bis 26. 3. 1998

Inhalt

Zur Person	368
Deutschland: Der tägliche Aufbau der Demokratie	368
Ein Stipendium fürs Leben	370
Eine packende Diskussion	371
- Zeit für den Wechsel: Die Kohl-Ära sieht ihr Ende nahen	371
- Gefährliche Ankündigung	372
- Machtspiele	373
Demokratie und Presse - Ein unzertrennliches Gespann	374
Land der Zeitungen	376
Aus dem Ruhrgebiet für das Ruhrgebiet	377
Die Zentralredaktion - Das Nervenzentrum	379
Die Lokalredaktion - Stimme der Gemeinden	381
Gesunder Wettbewerb	382
An vorderster Front	384
Am Ende . . . der Anfang	385



Mauricio Herrera Ulloa wurde am 30. 1. 1970 im *costaricanischen* San Jose geboren. Er studierte Journalismus und Kommunikationswissenschaften an der Universität von Costa Rica. 1992 machte er seinen Bachelor of Arts und 1995 sein Staatsexamen. Seit 1992 arbeitet er für die Tageszeitung „La Nación“ in San Jose, zunächst als verantwortlicher Redakteur der Beilagen und als Reporter. Derzeit ist er Mitarbeiter der Politikredaktion und verantwortlich für die Berichterstattung über das Außenministerium und das Präsidialamt. 1995 wurde er von der Interamerikanischen Pressegesellschaft (SIP) für eine Reihe

von Reportagen über den Drogenmißbrauch in Costa Rica ausgezeichnet. Im selben Jahr wählte ihn „La Nación“ zum „Redakteur des Jahres“.

Deutschland: Der tägliche Aufbau der Demokratie

Die Kälte füllt einen langen und schmalen Gang. Dunkel, feucht. Überall, hinter winzigen vergitterten Fenstern, ist noch immer der Tod zu spüren. In den Zellen fegt Schweigen über Wände, die vor mehr als fünf Jahrzehnten von den Schreien der Gequälten und ihren Folterern befleckt wurden. Alle haben ihren Platz in der Erinnerung. Dort drinnen verwelken Blumen den Mut der Opfer, die Folterinstrumente den Stumpfsinn ihrer Folterknechte.

Am Ende des Gangs dringt das Licht eines trüben und bewölkten Oktobermorgens hinein. Hinter dem Fenster die Gitter, hinter den Gittern der Zaun, hinter dem Zaun eine Gruppe von Heranwachsenden, die einen Halbkreis bilden und die Köpfe respektvoll gesenkt halten. Es sind deutsche Jugendliche. In ihrer Mitte mehr Blumen. Ihre Gabe liegt in der Nähe der Folterkammern gegenüber der Inschrift „Jedem das Seine“, eingearbeitet in das Eingangsportal des Konzentrationslagers Buchenwald.

Hier hat der Faschismus zwischen 1937 und 1945 mehr als 52 000 Menschen hingeschlachtet. Später wurde der Ort von der Sowjetunion als Konzentrationslager für die Häftlinge des Nazikriegs verwendet. An ihnen wiederholten sich viele der Greuelthaten, die die Gefangenen im Zweiten Weltkrieg erleiden mußten.

52 Jahre nach dem Alptraum versucht Deutschland das Versprechen, nichts zu vergessen, jeden Tag neu zu beleben und mit Hilfe der alltäglichen Auseinandersetzung eine Demokratie zu errichten, die aus Ruinen, Zerstörung und Intoleranz entstanden ist.

Die jungen Leute ziehen sich zurück, wie sie gekommen sind: unauffällig und leise. Schweigsam nähern sich andere Besucher, um auf den Bändern des Blumengestecks die Botschaft „Nie wieder“ zu lesen.

In einer Zeit, in der Faschismus und Kommunismus aus der Gegenwart verschwunden sind, um Geschichte zu werden, bekräftigt die Bundesrepublik Deutschland - nicht ohne Entgleisungen und Widersprüche - ihren Willen zur Demokratie und bereitet sich auf die Bundestagswahlen im September 1998 vor - den 14. Wahlen seit Ende des Zweiten Weltkriegs und den dritten seit der Vereinigung.

Weg, weit weg sind die Tage von Buchenwald. Dort wurden die Führer von Kommunisten und Sozialdemokraten, Juden, evangelische Pfarrer und katholische Priester und Zigeuner gemeinsam mit Tausenden von Menschen eingesperrt, gefoltert und umgebracht, nur weil sie anders dachten oder einer anderen Kultur angehörten.

Ich habe das Konzentrationslager zusammen mit meinen Mitschülern am Goethe-Institut in Iserlohn besucht. Mohammad Hajali aus dem Iran und ich lasen und hörten uns alle Erklärungen an, die Aufschluß über die Tragödie gaben. Am Ende kamen wir zu dem Schluß, daß im Holocaust alle Großmächte Henker waren.

Weder Juden noch Zigeuner hätten ermordet werden dürfen, noch verdienten es die Bürger von Dresden und Essen, im Bombenhagel umzukommen. Ebenso wenig hätten die Städte Hiroshima und Nagasaki eingeebnet oder die deutschen Kriegsgefangenen gefoltert werden dürfen . . . Unschuldigen an dieser Katastrophe war vielleicht nur die Dritte Welt, der es auch heute noch genauso schlecht geht wie damals.

Wir besuchten Buchenwald, nachdem wir uns Weimar und Erfurt angesehen hatten, die reich an Kultur, Geschichte und architektonischen Schätzen sind. So wie diese Exkursion gaben uns auch die anderen Reisen, die wir mit dem Goethe-Institut unternahmen, vor Ort und durch den Kontakt mit den Menschen Einblicke in die Fortschritte der letzten 50 Jahre: die Vereinigung und die damit verbundenen Schwierigkeiten, Kultur, Traditionen und aktuelle Politik, das sozialistische Experiment in der Ex-DDR, das Nazi-Desaster und der Wiederaufbau. Dabei waren uns Goethe und Schiller ebenso hilfreich wie die Geschichtsbücher.

Doch die Gefahren sind allgegenwärtig, und die deutsche Gesellschaft sollte nicht den Blick verschließen vor dem Entstehen äußerst zusammenhängender Phänomene wie Neonazismus, Masseneinwanderung und Arbeitslosigkeit. Ohne das Recht auf die freie Meinungsäußerung zu verletzen und innerhalb des legalen demokratischen Rahmens muß sie geballt gegen die Ausbreitung von Rechtsradikalität vorgehen. Darüber hinaus muß sie den Zustrom ausländischer Einwanderer begrenzen, ohne daß es zu Verfolgung oder fremdenfeindlichen Gefühlen kommt und die Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer fördern. Des weiteren muß sie sich massiv um Arbeitsplätze bemühen, ohne daß die Unternehmen ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen und das System der sozialen Sicherheit geschwächt wird.

Ein Stipendium fürs Leben

Deutschland riecht nach Geschichte und schmeckt nach Kampf. Ob Museen, Gebäude, Straßen oder Menschen - sie alle strömen Erinnerungen aus und zeugen von der notwendigen Anstrengung, sich aus den Ruinen zu erheben, um sich der alten Fehler bewußt zu werden und sie zu korrigieren, um eine Gesellschaft zu schaffen, der es gut geht, die tolerant, multikulturell und demokratisch ist und um eine starke Wirtschaft aufzubauen.

Nach den sechs Monaten als Stipendiat der Heinz-Kühn-Stiftung in Deutschland habe ich den Eindruck gewonnen, in einem Land gewesen zu sein, das nichts geschenkt bekommen hat. Das alle Errungenschaften mit Fleiß, Arbeit, Geld, Schmerz und Menschenleben bezahlen mußte.

Die deutsche Realität ist - ohne perfekt zu sein - das Spiegelbild ihrer Umkehrung. Die Lebensbedingungen in meiner Heimat Costa Rica, von denen viele irrträglich annahmen, sie seien von Dauer und selbstverständlich, sind in Deutschland das Ergebnis eines harten Alltagskampfes. Ich denke an das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Mehrparteiensystem. Rechtsstaatlichkeit, das universelle Wahlrecht, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, das System der sozialen Sicherung, Freihandel und Frieden. In Deutschland wurden diese Errungenschaften durch ihre extremen Gegensätze bewirkt: durch Faschismus, Holocaust, Rassismus, durch die Diktatur des Sozialismus, das Fehlen individueller Freiheiten, Berliner Mauer, Repression.

Auch in Costa Rica gab es Schwierigkeiten, Konflikte, Widersprüche und Konfrontationen. Aber unsere Geschichte hat niemals die dramatischen Extreme durchlebt wie dieses europäische Land, dessen Wirklichkeit die Umkehrung ihrer Vergangenheit ist.

Als Journalist, der bei der Tageszeitung „La Nación“ mit politischen Themen befaßt ist, galt das Hauptinteresse meines Aufenthalts in Deutschland vom 29. September 1997 bis 26. März 1998 dem deutschen Wahlverfahren, dem Aufbau und der Arbeitsweise des politischen Systems sowie der Presselandschaft und den Journalisten.

Was ich vorfand, war eine Welt, die sich gerade im Alltäglichen durch ein ungeheures Maß an Engagement mitteilte. Ich verstehe darunter den schweisgsamen Kampf, den, wie mir scheint, viele Deutsche führen, um das Erreichte auf feste Grundlagen zu stellen und zu verbessern. Zuerst fallen mir in diesem Zusammenhang die Lehrer und Mitarbeiter des Goethe-Instituts in Iserlohn und Erdmüthe Op de Hipt ein, die aus ihrer Arbeit ein Musterbeispiel für Völkerverständigung und internationale Kooperation gemacht haben. Ich denke aber auch an die Journalisten, die die Diskussion in der deutschen Gesellschaft voranbringen, um die Menschen umfangreicher und besser zu informieren und an die vielen Fachleute, Wissenschaftler, Künstler und Arbeiter im allgemeinen, die mit (selbst-)kritischem Geist daran arbeiten, die deutsche Demokratie zu perfektionieren.

„Inwieweit wird sich der sechsmonatige Aufenthalt in Deutschland positiv auf Ihre Karriere in Ihrem Land auswirken?“, fragte mich Klaus Kleebaum,

verantwortlich für internationale Politik bei der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) am Ende meines ersten Arbeitstags an seiner Seite. Eine ähnliche Frage hatte man mir schon vorher gestellt. An jenem Tag aber gingen fast fünf Monate meines Deutschland-Aufenthalts zu Ende. „Er wird mir dabei helfen, das Leben in unserem Land, unsere Demokratie und unseren Journalismus besser beurteilen zu können“, antwortete ich. Es ist seltsam aber wahr: ein anderes Land im Detail kennenzulernen, erlaubt uns, unsere eigene Realität mit größerer Klarheit zu sehen.

Eine packende Diskussion

Das politische Spektrum in Deutschland spiegelt in der Zusammensetzung von Bundestag und Landtag die Pluralität des Systems wider, vom liberalen Mitterechts- bis hin zum grünen Mittellinkslager. Die politische Debatte zeichnet sich durch eine intensive ideologische Diskussion aus, wo die Unterschiede mehr sind als Nuancen oder politische Rhetorik.

Obwohl das System im Grunde ein Zwei-Parteien-System ist, in dem christdemokratische CDU und sozialdemokratische SPD dominieren, haben die Grünen mit ihrem Erscheinen und durch minderheitliche aber bedeutsame Quoten das demokratische Panorama in Deutschland reicher gemacht. Sie zwingen die Mehrheitsparteien Allianzen einzugehen und ihre Vorschläge zu berücksichtigen.

Außerdem stellen die Grünen für die freidemokratische FDP, dem Bundesgenossen der CDU, eine direkte Konkurrenz dar. In den neuen Bundesländern versucht die PDS, die Nachfolgepartei der SED, die konstruktiven Elemente des Sozialismus aufzufangen, um sie in die deutsche Demokratie einzubringen.

Außerhalb der Parlamente gibt es noch weitere Parteien wie Republikaner und Kommunisten, denen es zwar wegen der Fünf-Prozent-Hürde nicht gelungen ist, in den Bundestag einzuziehen, die aber dennoch aktiv am deutschen Demokratiespiel teilnehmen.

Zeit für den Wechsel: Die **Kohl-Ära** sieht ihr Ende nahen

Die Zeit meines Praktikums bei der WAZ im Februar und März 1998 überschneidet sich mit dem inoffiziellen Beginn der deutschen Wahlkampagne. Selbst in der Redaktion waren die Winde des Wechsels zu spüren, die der deutschen Politik ins Gesicht wehen. Es entstand der Eindruck, als sei ein Sieg der Sozialdemokraten bei den Bundestagswahlen am 27. September nicht mehr zu verhindern.

Der überwältigende Sieg der Sozialdemokraten in Niedersachsen bestätigte die Vermutungen, daß das Mandat der Konservativen nach 16 Jahren auslaufen wird. Die deutsche Presse karikierte den Bundeskanzler Helmut

Kohl als einen müden Streiter, verletzt und schwergewichtig, der in einer Ecke des Rings auf die Ankunft des kürzlich gewählten SPD-Kandidaten Gerhard Schröder wartet, der Frische und Tatkraft versprüht und obendrein gut aussieht.

Es handelt sich um einen Herausforderer, der 80 Kilo weniger wiegt als Kohl und 14 Jahre jünger ist, der acht Jahre lang Erfahrungen als Ministerpräsident von Niedersachsen gesammelt hat, politisch unverbraucht ist und viel Sympathie genießt.

Der Sieg der Sozialdemokraten am 1. März bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, mit einem Stimmenanteil von 47,9 Prozent, hat die konservative Regierung der CDU und die Christlich-Soziale Union (CSU) in Alarmbereitschaft versetzt, gleichzeitig aber den Ehrgeiz der Sozialdemokraten weiter angestachelt.

Helmut Kohl ist der Kanzler der Vereinigung und Motor der europäischen Währungsunion. Er hat das Gewicht der 4,8 Millionen Arbeitslosen, die 12,6 Prozent aller Deutschen im berufsfähigen Alter ausmachen, nicht tragen können.

Die aktuelle Arbeitslosigkeit ist die schlimmste in der Geschichte der Bundesrepublik, und in absoluten Zahlen gesehen erinnert sie an die Situation im Jahre 1933, als Adolf Hitler die Macht ergriff.

Allein im letzten Jahr sind nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden fast eine Million der insgesamt 34 Millionen Stellen abgebaut worden, obwohl die makroökonomische Bilanz eine gesunde und konstant wachsende Wirtschaft aufzeigt.

Eine nationale Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen aus dem vergangenen Januar fand heraus, daß das Thema Arbeitslosigkeit für 87 Prozent aller Deutschen höchste Priorität genießt.

Dieselbe Untersuchung ortet Kohl als einen der unpopulärsten Politiker im Land. Mit - fünf Punkten auf einer Skala von - fünf bis + fünf nahm er den vorletzten Platz auf einer Liste ein, die von seinem Parteikollegen Wolfgang Schäuble und von Schröder mit jeweils + 1,2 Punkten angeführt wurde.

Gefährliche Ankündigung

Warum hat der Ausgang der Wahlen in Niedersachsen einen solchen Aufruhr verursacht? Erstens weil die SPD den Urnengang in eine Art **Vor-Bundestagswahl** verwandelt hat, zweitens weil das Ausmaß des Sieges sehr groß war und drittens weil die Wähler erstmals ihren Wunsch nach einem Wechsel zum Ausdruck brachten.

Die Zahl der Stimmen für die SPD nahm von 44,3 auf 47,9 Prozent zu, während die CDU mit 35,9 Prozent einen Verlust von 0,5 Prozent und die Grünen mit 7,4 Prozent ein Minus von 0,4 Prozent hinnehmen mußten. Die liberale FDP verbuchte ein Plus von 4,4 auf 4,9 Prozent. Diese Ergebnisse bescherten der SPD in Niedersachsen 83 Sitze, der CDU 62 und den Grünen zwölf Sitze.

Die bundesdeutsche Verfassung schreibt vor, daß nur diejenigen Parteien einen Sitz im Parlament erhalten, die mindestens fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Da Schröder sein Mandat mit mehr als 41,3 Prozent der Wählerstimmen absichern konnte, verwandelte er sich in den neuen SPD-Kanzlerkandidaten. Andernfalls wäre Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlands, die Aufgabe zugefallen, gegen Kohl anzutreten.

Aber Schröder, der gern wegen seiner Anschauungen mit dem britischen Premierminister Tony Blair verglichen wird, konnte sich nicht nur behaupten, sondern sogar verbessern. Zwei Tage zuvor hatte der 53jährige Politiker noch gesagt, daß er sich mit einem Sieg zufriedengeben werde, auch wenn er die absolute parlamentarische Mehrheit nicht erreichen würde.

„Selbst in meinen kühnsten Träumen habe ich mir ein solches Ergebnis nicht vorstellen können“, sagte er am Abend des 1. März in Hannover auf einer Pressekonferenz. Fast zur gleichen Zeit gab Lafontaine von seinem Privathaus aus den Verzicht auf weitere Ansprüche bekannt und sicherte dem Sieger aus Niedersachsen seine Unterstützung zu.

Am darauffolgenden Montag erklärte Kohl, daß er der Kandidat seiner Partei sei und startete einen ersten Frontalangriff gegen den sozialdemokratischen Kandidaten, indem er ihn „den charakterlosesten Herausforderer“ nannte, mit dem er es je zu tun gehabt habe. Kriminalität, der Arbeitsmarkt, die Anerkennung des Euro in Deutschland und eine Kontrolle der Einwanderung werden die Hauptthemen der Wahlkampagne Kohls sein.

Die Sozialdemokraten brachten am selben Montag den Entwurf eines Regierungsplans heraus, in dem die Dringlichkeit neuer Arbeitsplätze und das Vertrauen in die Kräfte des Marktes betont werden, um die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit und ein von sozialen Schutzmaßnahmen flankiertes Wachstum zu fördern.

Sollte sich aber für die CDU das Desaster in Niedersachsen bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt am 26. April wiederholen, könnte es geschehen, daß Kohl die Kandidatur an Schäuble weitergibt.

Machtspiele

Die Mehrheitsparteien ziehen eine breite Palette von Bündnismöglichkeiten und Strategien in Erwägung, um bei den Bundestagswahlen zu gewinnen.

Der erste Gedanke Schröders, um Kohl in den „verdienten Ruhestand“ zu versetzen, war eine Koalition mit den Grünen, die als einflußreiche dritte Kraft im Lande die Möglichkeit bieten könnte, an die Spitze der stärksten Wirtschaftsmacht Europas zu gelangen.

Derzeit setzt sich der Bundestag aus 294 CDU-CSU-, 252 SPD- und 47 FDP-Abgeordneten zusammen sowie aus 49 Grünen- und 30 PDS-Abgeordneten.

Probleme für ein Bündnis mit den Grünen ergeben sich aus deren politischen Forderungen wie einer Verkleinerung der Bundeswehr, dem Austritt aus der NATO, einer Benzinsteuer von fünf Mark pro Liter und einer schärferen Kontrolle industrieller Umweltverschmutzer.

Die Chancen für eine solche Allianz sind seit dem Parteitag der Grünen am vergangenen 8. März in Magdeburg gesunken. Die sogenannten „Fundis“ lehnten sich gegen die „Realos“ auf. Das heißt, daß die Partei an politischen Forderungen festhalten wird, die eine Allianz mit der SPD verbieten. Noch lassen sich die Sonnenblumen der Umweltverfechter und ihr unkonventionelles politisches Programm nicht mit den sozialdemokratischen Rosen und deren konventioneller Politik in Einklang bringen.

Schröder hat klargestellt, daß sein Hauptinteresse den Wählern der Mitte gilt und daß er den Ideen der Grünen nicht besonders zugetan ist. Aus diesem Grund bekräftigte er gegenüber der Presse, daß eine rot-grüne Koalition nur dann in Frage kommt, wenn ihm CDU-CSU und FDP die moderaten Wähler abspenstig machen sollten.

Der sozialdemokratische Kandidat galt ehemals als überzeugter Sozialist und Ökologe. Inzwischen jedoch wird er von den Linken und Konservativen gleichermaßen als Populist und Opportunist geziehen. Schröder selbst sieht sich als Pragmatiker, der sogar zu einer großen Koalition mit der CDU-CSU bereit wäre, sollte dieser Schritt die SPD an die Macht bringen.

Kohl ist möglicherweise geschwächt, genießt aber ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und den Ruf, hundertprozentig verlässlich zu sein - was er nicht zuletzt dem Umstand verdankt, daß er 38 Jahre mit derselben Frau verheiratet ist. Schröder hingegen wird gegen das Image eines ehrgeizigen und skrupellosen Politikers angehen müssen. Seine vier Ehen kommen ihm dabei ebensowenig zustatten wie sein poliertes Erscheinungsbild.

Demokratie und Presse - Ein unzertrennliches Gespann

Während der Termin für die 14. Bundestagswahl heranrückt und die Debatten an Heftigkeit zulegen, läßt sich leicht erklären, wie es möglich war, daß die politische Entwicklung Deutschlands seit 1949 im rechten demokratischen Geleise bleiben konnte. Eine bedeutende Rolle kam in diesem Prozeß zweifellos den Kommunikationsmedien zu.

Eine Demokratie kann nicht wachsen ohne eine starke, unabhängige und pluralistische Presse, und Deutschland ist dafür das beste Beispiel. Die Kommunikationsmedien haben eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik gespielt: als Komplizen und Werkzeuge von Faschismus und Kommunismus, als Waffe des Widerstands gegen Diktaturen und als Mittel der Information, Kritik und Auseinandersetzung innerhalb der demokratischen Verhältnisse.

Theoretisch ist der Grad der Unabhängigkeit und Freiheit der Presse eines der wichtigsten Barometer, um den Stand demokratischer Entwicklung eines Landes zu messen.

Der italienische Politologe Leonardo Morlino hat in seinen Schriften die Sichtweisen mehrerer Forscher zusammengefaßt, indem er die Existenz unterschiedlicher und alternativer Informationsquellen als wesentliches und notwendiges Merkmal demokratischer Verhältnisse benennt. Als weitere Charakteristika führt er das universelle Wahlrecht sowie freie und regelmäßig stattfindende Mehrparteienwahlen an.

In einem besonders systematischen Versuch, die Existenz der Bürgerrechte in einzelnen Ländern zu messen, gibt das Freedom House in New York als Parameter unter anderem die Existenz einer freien Presse, die Tradition der Pressefreiheit, das Fehlen von Zensurmechanismen und das Recht des freien und offenen Meinungs austausches an.

Zweifellos erfüllt Deutschland heutzutage diese Bedingungen mit Leichtigkeit - und wieder in deutlichem Gegensatz zu den Bedingungen in der Nazi-Zeit. Von 1934 bis 1945 verurteilte der Volksgerichtshof 72 Journalisten, 20 von ihnen zum Tode, wie Birgit Ratsch in ihrem Buch „Hinter Gittern“ aufzeigt. Die Presse - ob unabhängig oder als Sprachrohr oppositioneller Parteien - wurde verfolgt und weggeschlossen. An ihre Stelle traten die Zeitungen der Nazis als Pflichtlektüre für alle Angehörige des Regimes.

Ratsch drückt dies so aus: „Im Dritten Reich hatten Journalisten, die dem NS-System nonkonform gegenüberstanden, eine Qual der Wahl: Entweder sie verharrten in Amt und würdeloser Apathie, oder sie wechselten zu einem anderen Beruf, dessen Kern nun gerade nicht eigene Kreativität war, oder nahmen das Risiko auf sich, die journalistische Gratwanderung ‚zwischen den Zeilen‘ zu wagen. Eine vierte, höchst gefährliche Möglichkeit war, im Untergrund publizistisch zu wirken; Widerstand im Reich zu üben, indem sie getarnte Broschüren oder Flugblätter herstellten. Viele aber entschlossen sich notgedrungen zur Emigration, in der Hoffnung, sich andernorts eine bessere Basis für ihre Tätigkeit, möglicherweise dadurch sogar politisch einen Beitrag gegen das nationalsozialistische Deutschland leisten zu können.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg dachten die alliierten Besatzungsmächte, daß die Diversität des Gedankenaustausches ein wirksames Gegengift gegen den obligatorischen ideologischen Dogmatismus sein könnte, wie ihn vorher die Faschisten oktruiert hatten. Die Alliierten behielten die Pressezensur bis zum Jahre 1949 bei. Danach ließen Amerikaner und Franzosen versuchsweise unabhängige Zeitungen und Zeitschriften zirkulieren, während die Briten das Recht auf freie Meinungsäußerung durch Zeitungen gewährleisteten, die unterschiedliche politische Tendenzen wiedergaben.

Die Russen bevorzugten in dem von ihnen besetzten Sektor parteiliche Zeitschriften, in erster Linie der SED, die später das gesamte journalistische Spektrum kontrollierte. In der ehemaligen DDR gehörte die Presse den Parteien und Massenorganisationen, hauptsächlich der SED. Dort

suchte man „nach den besten Methoden zur Bildung eines instrumentalierten Journalismus im Dienst des Systems“, so wie J. Grubitzsch meint, der von Hermann Meyn in seinem Buch „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland“ zitiert wird.

Seit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der DDR ist für das gesamte Deutschland das Grundrecht gültig. Artikel fünf schreibt fest, daß es jedem Bürger freisteht, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im **Lüth-Urteil** von 1958 eindeutig die Bedeutung des Rechts auf freie Meinungsäußerung festgelegt: „Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt . . . Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinung, der ihr Lebenselement ist. Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt.“

Land der Zeitungen

Es ist kein Zufall, daß Deutschland heute ein Land der Zeitungen geworden ist, wie Anja Pasquay vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) in ihrem Artikel „Zeitungen in Zahlen und Daten“ schreibt. Tag für Tag erscheinen 369 Tageszeitungen mit 1 580 Lokalausgaben und einer Gesamtauflage von 25,2 Millionen Exemplaren. Es gibt 26 Wochenmagazine mit einer Auflage von 2,1 Millionen Exemplaren und acht Sonntagsblätter mit einer Auflage von 4,4 Millionen Exemplaren. Dies bedeutet, daß auf 1 000 Einwohner 313 Zeitungen kommen.

Deutschland ist nach Japan, Großbritannien, Österreich und der Schweiz das Land mit dem höchsten Zeitungskonsum.

Auch bei der Auflage der Zeitschriften ist Deutschland eine Instanz. Es gibt mehr als 9 000. Bei 1 650 von ihnen handelt es sich um Zeitschriften mit allgemeinen Informationen und einer Gesamtauflage von 150 Millionen Exemplaren. Unter den herausragenden befindet sich Der Spiegel mit einer Auflage von 1 033 300 Exemplaren und Focus mit 751 800 Stück.

Die deutsche Presse bietet ihren Lesern eine immense Vielfalt von Produkten an. Die Deutschen können an den Kiosken die gesamte Palette der renommierten Zeitungen bekommen: von der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (392 000) und Die Welt (202 000), über die liberalen

und linken Publikationen wie die Frankfurter Rundschau (190 000) und die Tageszeitung TAZ (59 200) bis hin zum zweifelhaften Monstrum der Sensationspresse BILD mit einer Auflage von 4,5 Millionen Exemplaren.

Auch wenn die meisten Zeitungen überparteilich sind, so geben doch alle zu, gewisse ideologische Grundsätze zu vertreten. In ihren Arbeitsverträgen müssen sich die Journalisten verpflichten, diesen Grundsätzen treu zu bleiben. So heißt es im Anhang eines jeden Arbeitsvertrages der Frankfurter Rundschau, die Zeitung trete ein für die Menschenrechte, „eine ständige Reform unseres Gemeinwesens“, für Minderheiten, Gewaltlosigkeit, Frieden und für eine Kontrolle der Macht durch Bürgermitbestimmung. Außerdem suche sie „zu eigener Meinungsbildung anzuregen“.

Die angesehene Wochenzeitung Die Zeit, die wie Die Woche und das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt überwiegend Analysen und Kommentare anbietet, bezeichnet sich selbst als „liberal“. Sie versteht sich als ein Forum für Meinungsvielfalt, Toleranz, geistige Freiheit und Minderheiten, sofern diese „nicht die Mehrheiten terrorisieren“.

Ein verbreiteter Vorwurf lautet, daß die Unterteilung der Zeit in Politik, Kultur und Wirtschaft den Anschein erwecke, als handele es sich um drei verschiedene Zeitungen mit einer gemeinsamen Typographie und einem gemeinsamen Erscheinungstermin. In diesem Zusammenhang zitiert Meyn den ehemaligen Chefredakteur der Zeit, Theo Sommer, für den eine solche Definition „gar nicht so unrichtig und ja auch gar nicht so unlogisch“ ist. Seiner Meinung nach „kann man Politik nur aus der Mitte machen, ein gutes Feuilleton nur von eher links und eine gute Wirtschaft nur von eher rechts“.

Die Nachrichten jedoch, die die deutschen Leser am meisten interessieren, sind lokaler Natur. Laut BDZV standen 1991 lokale Berichte an erster Stelle (78 %), gefolgt von politischen Meldungen und Berichten aus Deutschland (65 %), politischen Meldungen und Berichten aus dem Ausland (55 %), Anzeigen (41 %), Tatsachenberichten aus dem Alltag (40 %), Leitartikeln (39 %), Leserbriefen (38 %), Sportberichten (38 %), Gerichtsberichten (30 %), dem Wirtschaftsteil (28 %), Berichten über Mode-, Haushaltsfragen und Kindererziehung (28 %), Kultur (27 %), Technik und Wissenschaft (22 %) und Fortsetzungsromanen (8 %).

Aus dem Ruhrgebiet für das Ruhrgebiet

Ein besonderes Merkmal der deutschen Presse ist die starke Stellung der Regionalzeitungen auf dem Markt, ihre lokalen Verbindungen zu vielen Zeitungen, das große Gewicht, das Festabonnements zukommt und die übermäßige Konzentration von Eigentum.

Die WAZ mit Sitz in Essen ist dafür ein gutes Beispiel. Sie ist die Regionalzeitung mit der höchsten Auflage Europas, Marktführer innerhalb des

Ruhrgebiets und einer der führenden Medienkonzerne Deutschlands. Nach der Springer-Gruppe ist die WAZ das auflagenstärkste Konsortium innerhalb der Bundesrepublik.

Gegründet wurde die WAZ von den Journalisten Erich Brost und Jakob Funke am 3. April 1948. Die erste Ausgabe bestand aus nur vier Seiten. Die WAZ-interne Zeitschrift Die Gruppe erinnerte sich in ihrer Dezember-Ausgabe 1997: „Drei Jahre nach Kriegsende lag Deutschland immer noch in Schutt und Asche. Die Menschen hungerten und lebten größtenteils in Notunterkünften, die ihnen in den strengen Wintern das nackte Überleben sicherten. Die Wirtschaftswunderjahre lagen noch in ferner Zukunft, als Erich Brost und Jakob Funke aus dem Nichts etwas schufen, was Jahre später zum ‚Medienbegriff mit drei Buchstaben‘ wurde: die WAZ. Konzipiert als ‚Zeitung für das ganze Ruhrgebiet‘ entwickelte sich die Westdeutsche Allgemeine Zeitung schon bald zur größten Regionalzeitung Deutschlands.“

Wie in anderen Medienunternehmen müssen sich auch die WAZ-Redakteure in ihren Verträgen verpflichten, drei Grundprinzipien zu schützen oder zumindest zu wahren: die soziale Orientierung der Berichterstattung, den familiären Charakter sowie die Opposition zu Radikalismen rechter und linker Strömungen. So nimmt die Zeitung beispielsweise eine kritische Haltung gegenüber dem neoliberalen Wirtschaftsmodell ein, verzichtet auf Nacktdarstellungen oder andere anstößige Bilder und bekämpft rassistische oder intolerante Meinungen gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Die WAZ druckt jeden Tag rund 625 000 Exemplare, die im Ruhrgebiet in Umlauf gebracht werden. Davon sind 130 000 Lokalausgaben für die 600 000 Einwohner zählende Stadt Essen. Die Zeitung verfügt innerhalb ihres Einzugsgebietes über 30 Lokalredaktionen. Außerdem ist sie im Besitz der Zeitungen Neue Ruhr Zeitung (NRZ), Westfalenpost, Westfälische Rundschau und Iserlohner Kreisanzeiger. Sie lassen die tägliche Gesamtauflage auf 1 175 000 Exemplare anwachsen. Die WAZ verkauft den größten Teil ihrer Zeitungen an Abonnenten und setzt nur einen geringen Prozentsatz über den Straßenverkauf ab.

Die Gruppe besitzt zudem Anteile an zwei Tageszeitungen der ehemaligen DDR, an der Ostthüringer Zeitung und der Thüringer Allgemeinen. Außerdem ist sie an neun weiteren Zeitungen in Österreich, Ungarn, Rumänien und Bulgarien beteiligt.

Die WAZ-Gruppe veröffentlicht außerdem mehr als 50 Anzeigenblätter, Sonder- und Frauenzeitschriften und ist Eigentümerin von 15 Radiobetriebsgesellschaften innerhalb des Ruhrgebiets. Ihr gehören Anteile in neuen Kommunikationsmedien mit **on-line-Service-Leistungen** wie das CityWeb und Film- und Medienproduktionen. Insgesamt setzt sich die WAZ-Gruppe aus 84 unterschiedlichen Gesellschaften zusammen.

Ein weiterer Bestandteil ihrer Produktionsstruktur ist die Journalistenschule Ruhr GmbH, die Aus- und Fortbildungskurse für professionelle Journalisten und künftige Redakteure anbietet, die ihr Volontariat in einem der konsortiumeigenen Medien absolvieren.

Wer in Deutschland den Beruf des Journalisten ausüben möchte, muß ein abgeschlossenes Universitätsstudium vorweisen und anschließend eine zweijährige Berufsausbildung in einem Kommunikationsmedium absolvieren (Volontariat) und dabei verschiedene Redaktionen und Ressorts im Rotationsprinzip durchlaufen.

Eine WAZ-Ausgabe besteht in der Regel aus vier Teilen, die selten über 16 Seiten hinausgehen: aus dem Haupt-, Sport- und Lokalteil sowie einem Supplement mit Werbung. Mittwochs gibt die Tageszeitung zudem die Beilage „Reise“ heraus, freitags die Beilage „Cocktail“, die sich an junge Menschen richtet, und samstags das Beiblatt „Wochenende“. Lediglich der Hauptteil und die ersten Seiten von Cocktail, Reise und Wochenende werden mehrfarbig gedruckt. Der Rest ist zweifarbig.

Der Hauptteil teilt sich wiederum in die Bereiche „Meinung und Meldung“, „Aus dem Westen“, „Kultur“, „Bericht und Hintergrund“, „Fernsehen“ und „Wirtschaft“ auf.

Die Zentralredaktion - Das **Nervenzentrum**

Täglich um ein Uhr mittags begibt sich der Chefredakteur der WAZ, Ralf **Lehmann**, in den Saal 201 im WAZ-Hauptgebäude und setzt sich an den Kopf eines Tisches, an dem weitere 14 Personen Platz genommen haben. Umgeben von sämtlichen Ressortleitern nimmt Lehmann eine kritische Beurteilung der Zeitung vor, läßt sich über die Hauptthemen für den kommenden Tag unterrichten und teilt seine Beobachtungen mit.

Die Stimmung im Konferenzraum ist verhalten und entspannt zugleich. Selbst wenn Witze erzählt werden und Gelächter erschallt, ist die Autorität des Chefredakteurs stets präsent.

Noch bevor dieses erste Treffen stattfindet, hat sich die alltägliche Zeitungsmaschinerie längst in Gang gesetzt. Die Journalisten der Hauptredaktion nehmen ihre Arbeit zwischen 12.00 und 12.30 Uhr auf. Gleich nach ihrer Ankunft sehen sie das Material der Korrespondenten, der Nachrichtenagenturen und Lokalredaktionen durch. Jeder Ressortleiter stellt eine handgeschriebene Liste von Themen für die Ausgabe des nächsten Tages zusammen, die er dem Chefredakteur vorstellen wird.

Von den rund zwei Dutzend Mitarbeitern, die in der Zentralredaktion arbeiten, sind nur drei Reporter im wahrsten Sinne des Wortes. Ihre Aufgabe ist es, auf die Suche nach Informationen zu gehen, die das gesamte Ruhrgebiet interessieren könnten.

Außer ihnen und einem Fotografen arbeitet der Rest der Redakteure und Volontäre in der Hauptredaktion und befaßt sich in erster Linie mit der Koordinierung und Redaktion der Korrespondenten- und Agenturberichte sowie den Lokalnachrichten, um sie den Erfordernissen der neuen Ausgabe anzupassen.

In der Zentralredaktion wird der Hauptteil der neuen Ausgabe erarbeitet, das heißt, die Titelseite, die Meinungsspalten, innenpolitische und **interna-**

tionale Nachrichten, verschiedene Berichte über den Westen Deutschlands, Wirtschaft und vermischte Meldungen über den Rest der Welt.

Ein etwa 70 Meter langer und mit Teppich ausgelegter Gang trennt die Hauptredaktion im zweiten Stock vom Konferenzsaal. An weißen Wänden hängen wie in allen drei WAZ-Gebäuden die Titelseiten aller Zeitungs-exemplare.

Dort befinden sich die Berichte über den Bau der Mauer, den Beginn der Raumfahrt, den ersten Mann auf dem Mond, die Wahl von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler, die Ankunft Kennedys in Berlin und seine Ermordung.

Im Saal 201 haben alle ihren festen Platz. Zur Rechten von Chefredakteur Lehmann sitzen seine Stellvertreter Hans-Jürgen Pöschke und Alfons Pieper, der zudem für die innenpolitische Berichterstattung verantwortlich ist. Weiter rechts haben der Chef vom Dienst und der Chef vom Dienst (Technik) ihren Platz sowie der verantwortliche Sportredakteur.

Auf der gegenüberliegenden Seite des Tisches befindet sich ein Vertreter der Essener Lokalredaktion, die von Wulf Mämpel geleitet wird. Zu seiner Rechten sitzen die Leiter der Ressorts Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik sowie der Nachrichtenchef und die Verantwortlichen für „Aus aller Welt“ und Kultur. Ganz hinten sitzen in der Regel der Verantwortliche für das Fernsehprogramm sowie die Zeitungspraktikanten.

Die Zusammenkunft beginnt mit einer Bewertung der Tagesausgabe und den lokalen Ausgaben der Konkurrenzblätter NRZ und BILD. Am 3. Februar zeigte sich Lehmann verärgert darüber, daß die Bild einen Bericht auf die Titelseite gebracht hatte, den die WAZ nicht einmal aufgefingert hatte. Er erhob sogar seine Stimme, als er diesbezügliche Erklärungen verlangte. Im allgemeinen hat er aber für jede gute Arbeit ein lobendes Wort. Generell wird mehr gelobt als kritisiert.

Nach der Nachbereitung der Tagesausgabe stellt jeder Vertreter der einzelnen Redaktionen die Themen für den nächsten Tag vor. Lehmann ruft die Redaktionsleiter immer in derselben Reihenfolge auf: Essen, Sport, Wirtschaft, Kultur, Fernsehen, Aus dem Westen, Aus der Welt, B(ericht) und H(intergrund), Außenpolitik. Nach 20 Minuten ist die Sitzung zu Ende.

Um ihre Nachrichtenseiten voll zu bekommen, ist die WAZ auf die Nachrichtenagenturen und Korrespondentenberichte angewiesen. Die Tageszeitung bezieht die Dienste von DPA, AP, Reuter sowie die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) und den Evangelischen Pressedienst. Innerhalb Deutschlands sind WAZ-Korrespondenten in Düsseldorf, Berlin und Bonn stationiert. Im Ausland berichten Journalisten aus London, Brüssel, Paris, Washington, Rom, Pretoria, Neu-Delhi und Moskau.

Viele Korrespondenten im In- und Ausland arbeiten nicht nur für die WAZ, sondern auch für andere Multiplikatoren, die keine Konkurrenz darstellen. Sie bedienen sich eines in Berlin ansässigen Dienstes mit Namen ComBox. Jeden Tag oder fast jeden Tag schicken die Korrespondenten ihre Beiträge, in der Regel noch vor 15.00 Uhr deutscher Zeit, zusammen mit Themenvorschlägen für den nächsten Tag über die Leitung.

Zusätzlich zu den politischen Nachrichten sind sie angehalten, für die Beiblätter „Wochenende“ oder „Cocktail“ zu schreiben. Sie genießen eine fast vollständige Unabhängigkeit, müssen sich aber mit der Hauptredaktion absprechen. Die meisten Themenvorschläge, versichert Kleebaum, kommen von ihnen selbst.

Um 15.00 Uhr findet unter Leitung von Pieper eine zweite und weniger formelle Gesprächsrunde statt. Die Thematiken liegen in konkreterer Form vor. Jetzt geht es um eine verbindliche Festlegung der Themen für die Titelseite und den dafür zur Verfügung stehenden Raum. Außerdem werden die Kommentare für die Seite zwei, die Karikatur des Tages und die wichtigsten Fotos für die Titelseite abgesprochen. Auch diese letzten Entscheidungen werden handschriftlich festgehalten.

Um 15.30 Uhr findet die letzte Tageszusammenkunft im Konferenzsaal unter der Mitwirkung des Chefredakteurs statt. Vorgestellt werden die Themen für die Titelseite des nächsten Tages sowie die vier Kommentare und ihre Autoren.

Jeder Ressortchef ist für die Gestaltung seiner Seite verantwortlich. In der WAZ gibt es keine Stilkorrektoren und Setzer, so wie wir sie in Costa Rica kennen. „Wir kommen immer mehr dahin, daß die Redakteure für den gesamten Arbeitsprozeß verantwortlich sind: angefangen bei der Wahl der Themen bis zum Setzen und Korrigieren der Beiträge“, erläutert Kleebaum.

Gegen 21.00 Uhr hat die nur 500 Meter von den Hauptgebäuden entfernte Druckerei bereits die ersten Exemplare für den neuen Tag gedruckt. Um 21.30 Uhr ist es möglich, eine WAZ an den Zeitungskiosken am Essener Hauptbahnhof zu kaufen.

Die Lokalredaktion — Stimme der Gemeinden

Olfen, 50 Kilometer von Essen entfernt, ist nur ein kleines Dorf mit knapp 10 000 Einwohnern, und doch erscheint dort Tag für Tag eine der 30 Lokalausgaben der WAZ. Es gibt nur einen Redakteur, Ralf Drebs, und zwei Mitarbeiter. Um täglich eine Seite vollzukriegen, die mindestens zu zehn Prozent aus Anzeigen besteht, ist Drebs auf die täglichen Pressemitteilungen der Lokalbehörden angewiesen und in Kontakt mit den in der Ortschaft ansässigen Organisationen.

Auch wenn die Anzeigen und die Zahl der dort verkauften Zeitungen die Investitionen nicht decken - die WAZ bleibt wie die Lokalausgabe der NRZ in Olfen präsent.

Die lokalen Zeitungen und Redaktionen ermöglichen es den Bürgern der kleinen Gemeinden, ihre Belange, Sorgen und Nöte mitzuteilen. Gleichzeitig kommt ihnen bei der Bildung und Konsolidierung demokratischer Verhältnisse eine weitere wichtige Funktion zu. Sie bieten den Menschen eine Plattform, gemeinderelevante Themen zu diskutieren und die lokale Politik mitzubestimmen.

Auch wenn ihre Bedeutung grundsätzlich anerkannt wird, gibt es in Deutschland aber auch heftige Kritik an den lokalen Zeitungen. Als Hauptargument führen die Gegner ins Feld, daß in den meisten Fällen nur eine einzige lokale Zeitung das Monopol auf die Gemeindeformationen hält und darüber hinaus von den großen Zeitungsketten abhängig ist.

Nach Angaben des Wissenschaftlers Walter Schutz, den Hermann Meyn zitiert, waren 1954 225 der 1500 Tagesausgaben völlig unabhängig, während 1995 nur 133 der 1600 Ausgaben dieses Privileg genossen.

Es ist gang und gäbe, daß eine große regionale Tageszeitung ihre allgemeinen Nachrichten in ihrem gesamten Einflußgebiet verbreitet und daß eine kleine Niederlassung lokale Nachrichten für die Hauptausgabe beisteuert.

Auf diese Weise werden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die lokale Zeitung kann ihren Lesern zu geringen Produktionskosten neben Nachrichten aus der Gemeinde auch Informationen über das restliche Deutschland und die ganze Welt anbieten, während die großen Zeitungen in vielen Dörfern Präsenz zeigen und mit einem differenzierten und lesernahen Produkt aufwarten können.

Der Forscher und Journalist Hermann Meyn ist jedoch der Meinung, daß eine solche Struktur die Zeitungen zwingt, ihren Lesern im Interesse eines gemeinsamen Nenners politische Standardinformationen anzubieten, die wenig geeignet sind, die Diskussion voranzutreiben.

Auch wenn es stimmt, daß sich die Deutschen in verschiedenen Medien über nationale und internationale Ereignisse unterrichten können, so steht ihnen bei den lokalen Nachrichten nur eine Zeitung als Informationsquelle zur Verfügung.

Meyn zufolge ist „gerade das, was nach herrschender Lehre das Freiheitsliche einer privatwirtschaftlichen Presse ausmacht, der Wettbewerb, der journalistische Konkurrenzkampf verschiedener Anbieter, (. . .) in großen Teilen Deutschlands nicht mehr vorhanden. Hier verfügt ein Blatt in der Lokalberichterstattung über ein Monopol. Das ist politisch bedeutsam, weil die Gefahr besteht, daß die Leser, die lokalen Berichten nachweislich eine viel größere Aufmerksamkeit als politischen Meldungen, Leitartikeln oder Wirtschaftsnachrichten schenken, völlig einseitige Informationen erhalten“.

Eine Untersuchung der Wissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann aus dem Jahre 1968, die einige repräsentative westdeutsche Lokalzeitungen analysiert, kommt zu dem Schluß, daß sich die Lokalzeitungen mit Monopolstellungen in ihren Leitartikeln nur wenig mit der lokalen Politik oder lokalen Beamten befassen. Wenn sie es dennoch tun, dann nur in vergleichsweise abgeschwächter Form.

Gesunder Wettbewerb

Essen und Olfen sind eine Ausnahme von der Regel: Sie haben Konkurrenz. Auch wenn die NRZ der WAZ-Gruppe gehört und sogar unter

demselben Dach angesiedelt ist, gibt es zwischen beiden Zeitungen einen starken Wettbewerb, insbesondere zwischen den Lokalredaktionen.

Am 20. Februar besuchte Michael Köster eine Pressekonferenz im Essener Polizeipräsidium, wo er auf Kollegen von NRZ, vom Fernsehen und vom Lokalradio traf. Für Köster ist ein solcher Wettbewerb nützlich und für journalistische Verhältnisse selten. „In einer kleinen Stadt oder einem Dorf gibt es keinen Wettbewerb, und ein Journalist kann sagen, wonach ihm der Sinn steht. Hier nicht, hier ziehen die Leser Vergleiche und zwingen uns, die Konkurrenz im Auge zu behalten.“

Nach Ansicht einiger WAZ-Mitarbeiter unterscheiden sich die beiden Essener Lokalausgaben unter anderem darin, daß sich die WAZ darum bemüht, ihren Nachrichten eine optimistische Orientierung zu geben, während die NRZ immer das Haar in der Suppe sucht. Lokalredakteur Bernd Kassner räumt zwar ein, daß die WAZ-Position von der Konkurrenz gern als unkritisch abgetan wird, weist aber auch darauf hin, daß positive Tatsachen ebenfalls Teil der Realität sind.

Die Lokalredaktion der WAZ ist die größte der Zeitung. Hier arbeiten 18 Redakteure, eine variable Zahl von freien Mitarbeitern, zwei Volontäre, zwei Fotografen und zwei freie Fotografen. Jede Ausgabe besteht aus 16 Seiten, die zu 60 Prozent aus Anzeigen bestehen. Der Rest teilt sich auf in Titelseite, Kultur, Wirtschaft und Sport.

Die Lokalredaktion veröffentlicht auf der ersten Seite eine Glosse, die im allgemeinen einen optimistischen oder humorvollen Ton anschlägt, die wichtigste(n) Meldung(en) des Tages, die nach Bedeutungsschwere auf den Seiten drei, zwei, fünf und vier fortgeführt wird (werden).

Als allgemeine Regel gilt, daß mit wenigen Ausnahmen keine Meldung über 60 bis 70 Zeilen hinausgehen sollte. Laut Kassner wird damit einer von der Zeitung beauftragten Studie Rechnung getragen, derzufolge die Leser selten länger durchhalten.

Wird die Struktur der deutschen Kommunikationsmedien durch die Konzentration von Eigentum bei den Kommunikationsmedien bestimmt, so sorgt die Dezentralisierung von Entscheidungen für das Funktionieren der WAZ und ihrer Lokalausgaben.

Die Lokalredaktion der WAZ arbeitet mit ausreichender oder absoluter Unabhängigkeit vom Rest der Zeitung. Sie verfügt über ihre eigenen Redakteure, Fotografen, Büros und ihre eigene hierarchische Struktur. Die Autorität des Redaktionschefs steht außer Frage, dennoch wirkt das Verhältnis zwischen ihm und seinen Mitarbeitern gleichberechtigt. Die Entscheidungen werden nicht aufgezwungen, sondern gemeinschaftlich getroffen.

Mämpel strahlt Begeisterung aus im Zusammenhang mit seiner Arbeit und scheint sehr stolz auf die Lokalzeitung zu sein, für die er verantwortlich ist. Am 13. März eröffnete er die Morgensitzung mit einer Lobeshymne auf das Produkt, das die Leser an diesem Tag erhalten hatten. „Eine solche Ausgabe müßten wir jeden Tag herausbringen. So sollten wir jeden Tag arbeiten“, sagte er und hob die Vielfalt, die Bedeutung und die Präsen-

tation der Themen sowie die Seitenaufteilung, die Zahl und Qualität der Fotos hervor.

An vorderster Front

Innerhalb der WAZ gelten die Lokalredaktionen bei der Ausbildung von Volontären als „Frontlinie“. Dort können Reporter ihre bedeutendsten und besten Erfahrungen im direkten Umgang mit den Nachrichten sammeln. Kleebaum zufolge liegt der Hauptschwerpunkt der Volontariatsarbeit in diesen Lokalbüros, ist dort der Puls der journalistischen Arbeit am stärksten spürbar.

Dennoch hatte ich in den Monaten meines Praktikums, das ich in Essen absolvierte, den Eindruck, daß der Arbeitsrhythmus verglichen mit den Verhältnissen in San Jose ruhiger und streßloser verlief.

In der Essener Redaktion hat kein Journalist einen klar umrissenen Arbeitsbereich, vielmehr liegt der Schwerpunkt auf der Abdeckung kommunaler Themen wie Politik, Wirtschaft, Transport, Gerichtliches, Religion, Ausländer und polizeiliche Belange. Die vielleicht einzigen, die sich zu hundert Prozent ihren Themen widmen können, sind die Sportjournalisten und Kulturredakteure (und zwei freie Mitarbeiter).

Nach Wulf Mämpel kommen zwei Vizedirektoren: Michael Friese und Andreas Heinrich. Darüber hinaus gibt es noch den Lokalredakteur Kai Susselbeck, der die Arbeit der Reporter und Fotografen koordiniert und für das Layout der Lokalausgaben verantwortlich ist.

Auch wenn die Arbeit zwischen 10.30 und 11.00 Uhr beginnt, so haben viele Reporter ihre Arbeit Stunden vorher aufgenommen. Bereits am Vortag ab 17.00 Uhr ist der Terminplan fertig, der die Aktivitäten der Journalisten, Uhrzeiten und Orte, für den nächsten Tag festlegt.

Um 12.30 Uhr findet eine Konferenz statt, auf der die Tagesausgabe besprochen und die Hauptthemen des Arbeitstages festgelegt werden. Gegen Mittag liegen Susselbeck die Vorhaben für den nächsten Tag vor, und er kann die Spaltenzahl für die einzelnen Nachrichten bestimmen.

Gegen drei Uhr stehen Seitenaufteilung und Fotos für den Großteil der Berichte fest. Einige Seiten sind sogar gegen 17.00 Uhr fertig.

Nachdem Susselbeck mit jedem Redakteur gesprochen hat, legt er im Computer für jede Meldung eine Maske an, die dem Umfang und Aussehen der Zeitungsnachricht entspricht. Diese Maske hat ein Kürzel, das die Meldung und den Tag ihrer Veröffentlichung erkennbar macht. Wenn der Redakteur seine Meldung verfassen will, öffnet er das ihm zugewiesene Dokument und schreibt seinen Text hinein. Sobald er damit fertig ist, wird der Text automatisch in die Schlußversion der Seite überführt.

Der letzte Schritt ist der Vorabdruck der fertigen Seiten, die von einem anderen Redakteur auf mögliche Fehler gegengelesen werden. Liegen keine

außergewöhnlichen oder dringenden Aufträge vor, so können alle Journalisten um 19.30 Uhr nach Hause gehen.

Am Ende . . . der Anfang

Mein Stipendium begann im Goethe-Institut in Iserlohn, einem Musterbeispiel für internationales Zusammenleben.

Zu Beginn meiner Deutschkurse hatte ich das Gefühl, als ob sich die Welt ganz plötzlich auf einen einzigen Klassenraum konzentrieren würde. Vor mir hatte ich die Vertreter unterschiedlichster Kulturen, Ethnien, Religionen und politischer Systeme. Ich teilte mein Leben mit Zeugen der bedeutendsten Weltereignisse und lernte Menschen kennen, von denen in den Nachrichten nie oder nur selten die Rede ist. Ich hörte vom Konflikt der Albaner, der Tragödie im ehemaligen Jugoslawien, vom Kampf des kurdischen Volkes, dem türkischen Dilemma zwischen Westen und Osten und den Streitigkeiten zwischen Kurden und Griechen, den Schwierigkeiten, die Osteuropa heimsuchen, dem Versuch des Zusammenlebens der vielen indischen Ethnien, der nordischen Stabilität, vom politischen Übergang Südkoreas, vom iranischen Islamismus, dem afrikanischen Kampf gegen die Unterentwicklung. Ich selbst berichtete über den lateinamerikanischen Wunsch, die Demokratien der Region auf wirklich feste Beine zu stellen.

Alle waren wir da, und trotz der vielen Schwierigkeiten konnten wir über die gleichen Witze lachen, uns mit den gleichen Problemen identifizieren und auf die gleiche Musik tanzen.

Und der Klassenraum verwandelte sich in eine Schule der Kulturen. Wir haben nicht nur Deutsch gelernt, sondern auch Unterricht im Fach „universelle Wirklichkeit“ genommen. Mit Hilfe der neuen Sprache und der Diskussion über die deutsche Wirklichkeit verstanden wir die Welt, befreiten uns von Stereotypen und näherten uns so unterschiedlichen und entfernten Realitäten wie der mongolischen, japanischen oder ukrainischen.

Japanischer Schintoismus und Taoismus, die religiöse Mixtur der Hindus und die Theologie der Befreiung, Mongolei, Türkei, Iran, Korea, Costa Rica, Großbritannien. . . . Und das Lernen wird mit jeder Minute des Lebens weitergehen.